



Antrag

der Abgeordneten der Fraktionen von CDU, Bündnis90/DIE GRÜNEN und FDP

Islamismus und religiös motivierter Extremismus haben keinen Platz in Schleswig-Holstein – Solidarität mit Dresden, Paris, Nizza und Wien

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag verurteilt die islamistisch motivierten Terroranschläge in Dresden, Paris, Nizza und Wien in den vergangenen Wochen auf das Schärfste. Der Landtag drückt seine Bestürzung über die Opfer und seine Anteilnahme mit ihren Familien und Angehörigen aus.

Die Anschläge sind ein Angriff auf die Meinungsfreiheit und unsere tolerante und weltoffene Gesellschaft sowie eine Attacke gegen unsere Werte und die Freiheit in Europa. Der Landtag erklärt seine Solidarität mit Frankreich und Österreich.

Auch in Schleswig-Holstein treten wir Islamismus und religiösem Extremismus entschieden entgegen.

Der Landtag begrüßt die Maßnahmen der Landesregierung zur Bekämpfung von religiös motiviertem Extremismus und Terrorismus. Der Ausbau des Dezernats am LKA sowie die erheblich finanzielle Stärkung des Präventionsprogramms PROvention in Trägerschaft der Türkischen Gemeinde SH sind die richtigen Ansätze.

Unser Schwerpunkt bleibt eine wirksame Prävention. Wir haben die islamistische Szene in Schleswig-Holstein genau im Blick und werden ihr auch weiterhin wirksam sicherheitspolitisch begegnen. Hass und Gewalt dürfen nicht unter dem Deckmantel der religiösen Auseinandersetzung in unsere Gesellschaft getragen werden.

Gleichzeitig bekräftigen wir das Recht eines Jeden, seine Grundrechte frei und ohne Angst vor schädlichen Folgen wahrzunehmen, insbesondere das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf Religionsausübung und auf die Presse- und Medienfreiheit. Wir vermögen zwischen dem Islam als Religion und dem extremistischen Islamismus zu differenzieren. Wir werden religiösen Extremismus in unserer Gesellschaft genauso wenig dulden wie die Versuche Rechter, Musliminnen und Muslime für den Islamismus verantwortlich zu machen oder ihnen mit Feindlichkeit zu begegnen.

Der Landtag bittet daher die Landesregierung, ihre Maßnahmen gegen religiös motivierten Extremismus zu überprüfen und gegebenenfalls weitere Maßnahmen zu ergreifen. Über das Ergebnis der Überprüfung sind der Innen- und Rechtsausschuss sowie der Bildungsausschuss in geeigneter Weise zu informieren.

Tobias von der Heide
und Fraktion

Lukas Kilian
und Fraktion

Lasse Petersdotter
und Fraktion

Jan Marcus Rossa
und Fraktion